



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Loeber: Parteipolitik in den Gemeinden

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

lich und anschaulich zu machen begonnen hat. Das deutsche Volk soll sich jetzt alljährlich um die Summen schröpfen lassen, welche es unumgänglich nötig zu seinem eigenen Lebensunterhalt, für seine Schulen, Krankenhäuser, Versicherungen, Straßenbau, Schaffung von Arbeitsstätten, überhaupt für die Möglichkeit zu leben und zu wirken benötigt. Daß eine solche Lehre die Anschauungswelt des Volkes verändert, wäre selbst bei Chinesen anzunehmen.



Parteipolitik in den Gemeinden

Von Loeber, Stadtrat (Kassel)



Seit den Neuwahlen im Frühjahr 1919 sind die Stadtverordnetenversammlungen im parteipolitischen Sinne politisiert worden. Es wird keine größere Gemeinde mehr geben, wo dies nicht der Fall ist, selbst in kleineren Orten sind die Wahlen nach diesem Gesichtspunkte vollzogen. Nachdem alsdann im Herbst desselben Jahres die Neuwahlen der unbesoldeten Magistratsmitglieder folgten, gilt dies nun auch von den Magistraten, in denen sich nur noch vereinzelt fraktionslose besoldete Mitglieder befinden. Jetzt herrschen die politischen Parteien in den Kommunalverwaltungen. Anders war es vordem! Wenn früher auch schon in einigen Städten die Politisierung durchgeführt war, so traf dies doch nur in kleinem Umfange zu; man wird nicht fehlgehen, wenn man behauptet, daß zuvor in der Mehrzahl der Gemeinden sich die Gemeindeförperschaften in politische Parteien nicht gliederten. Allerdings, die Sozialdemokratie machte regelmäßig eine Ausnahme, sie trat da, wo sie in den Gemeindeförperschaften Sitze inne hatte, als politische Partei mit Entschiedenheit auf; und im Westen standen sich stellenweise Liberale und das Zentrum gegenüber. Fragt man, wie sich diese Wandlung sachlich durch kommunale Notwendigkeiten erklärt, so fällt es schwer, eine befriedigende Antwort zu finden. Hatten sich die kommunalen Körperschaften in ihrer bisherigen Gruppierung bewährt? Hatten sie das Interesse der Kommune gewahrt? Die Leistungen der Gemeinden vor dem Krieg, erst recht aber die während des Krieges sprechen ein deutliches Ja! Die deutschen Stadtgemeinden waren Muster eines gesunden Fortschrittes. Als die politischen Parteien bei der Neubildung der Gemeindevertretungen allgemein mit ihren Listen für die Wahlen auftraten, mag dies hier und dort deshalb geschehen sein, weil die Vertreter der nichtsozialdemokratischen Richtungen glaubten, sie könnten der Sozialdemokratie im Wahlkampf besser begegnen, wenn sie die nichtsozialdemokratischen Wähler unter parteipolitischer Parole zur Wahl aufriefen. Ausschlaggebend war aber doch ein anderes. Nach der Revolution fühlten sich die politischen Parteien zu einer gewaltigen Macht

gewachsen, die gewillt ist, das ganze öffentliche Leben zu beherrschen. Nach diesem Willen sind alle öffentlichen Dinge von dieser Macht zu übernehmen. Zweifelndes Fragen, inwiefern die Politisierung der Verwaltungen eine Notwendigkeit sei, wurde dahin beantwortet, Politik sei die Forderung des Tages, die Stadtparlamente müßten parteipolitisch zusammengesetzt werden. Auch hob man hervor, daß die politische Partei weite Ziele verfolge, daß sie nach großen Gesichtspunkten arbeite, und daß in den Stadtverwaltungen auch solche Arbeit zu leisten sei. Doch auch anderes vernahm man; Stimmen erhoben sich, und gerade auch solche von Männern, die bisher in der Kommunalverwaltung erfolgreich gewesen, die da warnten, die forderten, Parteipolitik müsse aus dem Rathaus ferngehalten werden; aber es war kein Rufen im Streite, kein kraftvolles Entgegenstemmen, und nur wenige werden es überall gewesen sein, die sich mit Energie gegen diese Entwicklung wehrten, die alsbald auch die Kreis- und Provinzialvertretungen ergriff. Und doch, ist es der richtige Weg, der hier gewiesen worden?

Die Neuwahlen in den Gemeinden stehen in absehbarer Zeit bevor. Ein entsprechendes Gesetz muß bald erscheinen, denn die jetzigen, im Frühjahr 1919 gewählten Stadtverordnetenversammlungen sind ohne Fristsetzung gewählt, ihre Zusammensetzung entspricht nicht mehr dem Willen der Wähler, wie die späteren Wahlen gezeigt haben. Es erhebt sich da die ernste Frage, ob der jetzige Zustand ein solcher ist, der unter allen Umständen beibehalten werden muß oder ob wieder andere Bahnen zu beschreiten sind. Man beantworte es doch einmal ruhig, inwiefern berührt die Arbeit in der Gemeinde die Parteipolitik? Die Politik gewiß, insofern unter dieser Staats- und Regierungskunst verstanden wird. In der Hauptsache ist aber die Arbeit in ihr verwaltend, die getragen sein soll von gefunden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, nach vorwärts gerichteten Gedanken, ist aber doch eben verwaltender Art. Ich greife eines Beispiels wegen zu einer Tagesordnung einer öffentlichen Stadtverordnetenversammlung; sie lautet, soweit es sich um Magistratsvorlagen handelt, wie folgt: 1. Mitteilungen 2. Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Wohnungsfürsorge 3. Ortsstatut betr. die Erhebung der Wertzuwachssteuer 4. Gebührenordnung für die Freigabe von Baumaterialien 5. Feuerungszulagen für die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen 6. Richtlinien für das in den städtischen Kaufverträgen vorzubehaltende Wiederkaufsrecht der Stadt 7. Bereitstellung eines Betrages zur Errichtung eines Glasverschlags im Sockelgeschoß des Rathauses für ein Bureau 8. desgleichen eines Betrages zur Aufstellung eines Windfangs 9. desgleichen eines Betrages für Herstellung eines Toilettenraums im Hauptgeschoß 10. desgleichen für Herstellung einer Scheidewand in einem Bureau 11. desgleichen eines Betrages für die Instandsetzung und Erneuerung von Inventarstücken einer Bürgerschule 12. Nachberwilligung zum Polizeikostenstock 13. desgleichen eines Betrages zu einem Etatverlag 14. Schuljahresrechnungen 15. Rechnung der Elementarlehrer-Witwen- und Waisenkasse 16. desgleichen eines städtischen Gutes 17. desgleichen der städtischen Wohnhäuser.

Ein Beispiel an Stelle von vielen! Was haben diese Vorlagen mit der Parteipolitik zu tun? Nichts oder doch nur sehr, sehr wenig. Zahllose andere Tagesordnungen könnte man vorlegen, aus denen sich dieselbe Antwort ergibt. Es kann nicht geleugnet werden, daß die politischen Parteien sich große Ziele gesteckt haben und die Dinge aus weitem Gesichtswinkel betrachten, aber

der Schwerpunkt der Verwaltung liegt doch in der täglichen Kleinarbeit, die, wird sie nur treu und gewissenhaft ausgeübt, nicht weniger ehrenvoll ist. Eine ganze Reihe von Vorlagen beschäftigt ständig die Gemeindevertretungen, bei denen große politische Gesichtspunkte nicht in Frage kommen. Bei den meisten handelt es sich darum, Dinge des täglichen Lebens sachkundig zu beurteilen, und hierzu sind diejenigen Männer und Frauen in erster Linie berufen, die auf Grund ihrer Erfahrung die Dinge sach- und sachgemäß zu betrachten vermögen. Freilich, es muß ein großer Zug durch die Verwaltung gehen, an ihrer Spitze müssen Führer stehen; großzügig läßt sich aber auch außerhalb der Parteipolitik arbeiten, und Persönlichkeiten, die zu führen vermögen, gibt es auch außerhalb der politischen Fraktionen. Nun soll zwar nicht behauptet werden, daß unter den von den politischen Parteien Nominierten sich nicht sachkundige Kräfte befänden! Dies zu behaupten wäre unsinnig, aber es liegt doch auf der Hand, daß bei der Aufstellung der Listen die politischen Parteien sich nicht allein von Gemeindenotwendigkeiten leiten lassen können, sie haben noch andere, im Interesse der Partei liegende Rücksichten zu nehmen; sie haben auch Rücksicht zu nehmen auf solche Parteimitglieder, die in der Partei bisher hervorragend tätig gewesen und sich um die Partei verdient gemacht haben, und es scheiden hierbei vor allem alle diejenigen Männer und Frauen für die Auswahl aus, und es sind dies nicht die unfähigsten, die einer politischen Partei sich zu verschreiben nicht gesonnen sind. Wie viele tüchtige Kräfte liegen dieserhalb brach. So versuchten früher die Stellen, in der Hauptsache die Bürgervereine, die die Kandidaten aufstellten, sachverständige Männer aus allen Ständen und Berufen zur Wahl zu präsentieren, wobei allerdings in schwerer Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse die Arbeiterschaft zu wenig berücksichtigt wurde. Die Aufstellung solcher aus sach- und sachkundigen Männern sich zusammensetzender Kandidatenlisten wird nun erheblich erschwert dadurch, daß die politischen Parteien je eine eigene Liste bilden, wodurch es ausgeschlossen ist, daß die einzelnen Stände und Berufe für die ganze Stadtverordnetenversammlung zweckentsprechend berücksichtigt werden. Das System der Verhältniswahl leistet zudem diesem Mangel überhaupt Vorschub. Es droht jetzt die Gefahr, daß die einzelnen Stände und Berufe nicht in der Weise vertreten sind, die ihnen nach ihrer Bedeutung für die Gemeinde zukommt, eine Gefahr, die bei der Art der gemeindlichen Arbeit nicht zu unterschätzen ist; es besteht die Möglichkeit, daß ein Teil der Mandatäre, eben infolge mangelnder Sachkunde für die hier in Betracht kommenden Dinge, den Führern der Parteien mehr oder weniger willenlos folgt, wodurch das Gefühl der Verantwortlichkeit des einzelnen geschwächt wird, und daß ein Teil für die eigentliche gemeindliche Arbeit ausscheidet. Es besteht die weitere Gefahr, daß die parteipolitischen Fraktionen der Gemeindeförperschaften bei dem besten Willen zu tüchtiger Arbeit, den niemand ihnen absprechen darf, sich bei ihrer gemeindlichen Arbeit nicht in vollem Umfange von ihren parteipolitischen Interessen freimachen können. Das ist menschlich. Wer die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlungen verfolgt, kennt diese Gefahr und wird sie nicht leugnen können. So werden die Stadtverordnetenversammlungen zum Tummelplatz politischen Streits in einem Umfange, wie er den Geschäften nicht dienlich, so erregen sich hier die politischen Leidenschaften in einem Maße, wie es einem kühlen Abwägen schädlich ist, so wird das Stadtparlament zur Kämpfer-

stellung für den politischen Streiter. Besteht doch für den einseitigen Parteipolitiker keine bessere Gelegenheit, politische Gegensätze auszutragen, als hier allwöchentlich oder alle 14 Tage in den Stadtparlamenten. Hier kann der politische Gegner bekämpft, hier kann er geschlagen werden. Schwer wird der Parteisanatiker dieser Versuchung widerstehen, die sich ihm bietende Gelegenheit zu benutzen, und auch nicht immer wird er dem Gange begegnen, im Rathause Erörterungen zu pflegen, die nicht in dieses, sondern vor seine politischen Wähler gehören. Wie aber trägt dies dazu bei, die Sitzungen in das Unermeßliche wachsen zu lassen, welche Verschwendung wird auf solche Weise getrieben mit der Zeit und der Arbeitskraft der Beteiligten, die stundenlang untätig zuhören müssen, ein nicht zu verantwortender Raubbau, wo es gilt, zu arbeiten, aber nicht zu reden! Es wird so dazu beigetragen, daß die politischen Leidenschaften nicht zur Ruhe kommen und die Gegensätze in unserem Volke sich immer mehr verstärken. Eine traurige Folgeerscheinung, wozu gerade die Stadtparlamente nicht das Mittel sein sollten; im Gegenteil, sie sollten zusammenführen, nicht trennen, sie, in denen die Bürger sich in sachlicher Arbeit um das Wohl der Gemeinden zu finden vermöchten, in denen Anhänger der verschiedenen politischen und Weltanschauungen sich am besten kennen lernen und nähern könnten. Sie könnten es wohl, aber eine Mauer schiebt sich zwischen Mensch und Mensch, hoch und schier unübersteigbar: die Partei! Schmerzlich bewegt muß immer wieder dies Schauspiel von dem empfunden werden, der mit warmem Herzen, doch kühlen Sinnen von der Tribüne darauf herniederschaut. Soll niemals mehr hier ein Wandel werden?

Wie sagt doch Freiherr vom Stein, der Schöpfer der Städteordnung? „Sie — die Stadtverordneten — sind im vollsten Sinne Vertreter der ganzen Bürgerschaft, mithin so wenig Vertreter des einzelnen Bezirks, der sie gewählt hat, noch einer Korporation, Zunft usw., der sie zufällig gehören.“ Auch nicht einer Partei!

Welches Mißtrauen herrscht vielfach, welche Voreingenommenheit. Mensch spricht nicht zu Mensch, Seele spinnst nicht zu Seele hinüber; Partei spricht zu Partei, Partei kämpft gegen Partei! Ist wirklich das, was wir jetzt haben, ein Vorwärts, ein Aufwärts? Deutscher muß wieder zu Deutschem sprechen, Bürger zu Bürger, jeder des anderen Willen und Meinung ehren. Freiherr vom Stein spricht: „Jeder Stadtverordnete wird durch das Vertrauen, welches die Bürgerschaft vermöge der auf ihn gefallenen Wahl ihm bezeugt, in einem hohen Grade geehrt und hat daher unter seinen Mitbürgern auf eine vorzügliche öffentliche Achtung Anspruch.“

Das Leben in unseren Gemeinden gliedert sich nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern nach wirtschaftlichen und ständischen. Nach solchen Gesichtspunkten muß deshalb die Wahl zu den städtischen Körperschaften erfolgen.

Noch eine große Gefahr birgt das heutige System. Die Versuchung ist groß, daß die politischen Parteien ihre Macht bei Besetzung der Ämter im Rathaus gebrauchen. Wer der Versuchung unterliegt, kann unermeßlichen Schaden anrichten, indem er statt freie Männer abhängige schafft, indem er politisches Strebertum in die Kommunalverwaltungen hineinträgt. Wehe alsdann den Gemeindeverwaltungen!

Diejenigen, welche glaubten, daß sie in der Übertragung des westlichen Parlamentarismus auch auf unsere Kommunen eine fortschrittliche Idee verfolgten, irren sich. Fortschrittlich ist diese Idee nicht. Sie ist alt. Neu ist sie nur für uns, jungen frischen Blutes voll ist sie nicht. Männer und Frauen müssen in die Gemeindeförperschaften berufen werden, die ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit gewählt sind, die ohne Parteifesseln frei sich entwickeln können an der schlichten Arbeit in einer Gemeindeverwaltung, die, in verschiedenen Weltanschauungen wurzelnd, sich in dem einen Ziele leidenschaftlich zusammenfinden und zusammenschließen: Deutschland wieder in die Höhe zu führen. Täglich bietet sich für sie hier die schönste Möglichkeit in Arbeit und entsagungsvoller Pflichterfüllung. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Noch gibt es ein Zurück auf den hier beschrittenen Bahnen und ein Vorwärts auf neuen Wegen. Schon regt es sich dieserhalb in der Bürgerschaft. Unpolitische Listen sei die Losung für die nächsten Gemeindewahlen!

Langsam, langsam zieht das Schiff die Bahn, denn schwer ist es belastet, schwer stampft es im Sturm, aber vorwärts will wieder der Kurs. Das ferne Ziel, das winkt, ist wirtschaftliches Blühen, sozialer Friede und edle Kultur in unseren Gemeinden; und mit ihnen, den Zellen des staatlichen Lebens, wächst auch das Reich zu neuer Kraft.



Möglichkeiten

Du redest immer von Möglichkeiten,
 Heute durch das Leben zu schreiten;
 Die Zukunft sei nun einmal eine Sphinx;
 Man könne rechts und könne links
 An den Gefahren vorübergleiten.
 Mein Freund, in solchen harten Zeiten
 Gibt es keine Möglichkeiten.
 Eine eiserne Zeit,
 Und die haben wir heut,
 Kennt nur die Notwendigkeit.

Bogislav v. Selchow

